

# RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 04/2023



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

der Frühling steht vor der Tür. Es wird warm, dank des vielen Regens sind unsere Bäume grün und die Knospen treiben aus – für mich zweifellos die schönste Jahreszeit.

Politisch bietet dieses Frühjahr auch viel, aber leider nicht nur Gutes. Die Ampel werfelt an den notwendigen Maßnahmen zum Kampf gegen die globale Erwärmung herum. Der Ausstieg aus der Kernenergie kommt. Die Bundesregierung hätte gut daran getan, die veränderten wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen zu beachten. Aber sie setzt auf Ideologie statt auf Pragmatismus. Auch im Verkehrssektor verschläft sie notwendige Maßnahmen.

Mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetz hat die Ampel nunmehr ein Gesetz auf den Weg gebracht, das in Zukunft viele Eigenheimbesitzerinnen und Eigenheimbesitzer vor große, kaum bewältigbare Herausforderungen stellt. Politisch etwas zu beschließen, das mangels handwerklicher und finanzieller Möglichkeiten nicht durchsetzbar ist, ist verheerend. Auf drängende Fragen zur Förderstruktur und zu Ausnahmeregelungen gibt es keine Antworten. Offenbar meint die Koalition politisch etwas vorgegeben zu können, was in der Realität nur scheitern kann.

Was im Privaten gilt, das sollte auch für die Politik gelten: Der Frühling ist eine gute Gelegenheit aktiv zu werden und zu gestalten. Die Ampel täte gut daran, dies zu beherzigen – zum Wohle unseres Landes. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin einen erfüllten Frühling!

Herzliche Grüße

Ihr Dr. Hermann-Josef Tebroke

## AUSSTIEG AUS DER KERNENERGIE

Mitte April sind die drei letzten Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz gegangen. Die Ampel hat damit einen schweren politischen Fehler begangen und gefährdet sowohl unsere Energiesicherheit als auch energiepolitische Unabhängigkeit.

Wir als Union haben 2011 mehrheitlich angesichts des Reaktorunglücks von Fukushima die Entscheidung mitgetragen, perspektivisch aus der Kernenergie auszusteigen. Dies haben wir damals beschlossen unter der Prämisse, dass wir Gas als Brückentechnologie hin zu einer regenerativen Stromerzeugung und Wärmegewinnung nutzen. Im vergangenen Jahr ist aber aufgrund des russischen Angriffskriegs, dem Baustopp von Nord Stream II und der Sprengung von Nord Stream I mit Russland der größte Lieferant binnen kürzester Zeit vollumfänglich und auf absehbare Zeit endgültig ausgefallen. Gleichzeitig zwingen die Herausforderungen der globalen Erwärmung zu immer stärkeren Einschnitten. Infolgedessen haben wir als Unionsfraktion die Entscheidung von 2011 auf den Prüfstand gestellt. Unter geänderten Voraussetzungen ist es nicht nur verständlich, sondern wie in diesem Fall geradezu zwingend, eine einstmals getroffene Entscheidung anzupassen.

Die Bewahrung der Schöpfung ist für uns zentrale Aufgabe christlicher Politik. Zugleich bekennen wir uns zu der Herausforderung, den Bürgerinnen und Bürgern Energiesicherheit und Bezahlbarkeit zu ermöglichen. Dass ausgerechnet eine Koalition aus SPD, FPD und Grünen sich nun dafür entscheidet, die CO<sub>2</sub>-intensive Kohleverstromung einer CO<sub>2</sub>-neutralen Kernkraftnutzung vorzuziehen, zeigt die ideologische Verhärtung der Ampel zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Klimafreundliche Politik ist das Gegenteil von dem, was diese Koalition derzeit praktiziert. Dass wir jetzt, statt deutschem Atomstrom zu nutzen, deutlich teureren, im nahen EU-Ausland produzierten Atomstrom importieren müssen, zeigt leider beispielhaft, welche schwere Hypothek mit dieser Entscheidung der Ampel auch in Zukunft verbunden bleiben wird. Wir hatten als Unionsfraktion wiederholt und nachdrücklich vorgeschlagen, die noch laufenden Kernkraftwerke temporär aufgrund der besonderen weltpolitischen Lage weiter zu nutzen – zum Wohle des Klimas und der Unabhängigkeit. Dem ist die Mehrheit im Parlament aber leider nicht gefolgt.

## TERMINAUSWAHL

29.03.2023, 11:00 Uhr  
Aqualon: „Wasser verbindet“-Ausstellung  
Wermelskirchen

29.04.2023, 14:00 Uhr  
6. Geburtstag CREW  
Leichlingen

02.05.2023, 18:30 Uhr  
Jahreshauptversammlung CDU  
Wermelskirchen

04.05.2023, 17:30 Uhr  
5 Jahre Kuckelberg Medien  
Frühlingsempfang, Bergisch Gladbach

04.05.2023, 19:00 Uhr  
Besuch bei der Aids-Hilfe  
Bergisch Gladbach

06.05.2023, 11:00 Uhr  
Jubilarehrung CDU RBK  
Kardinal-Schulte-Haus,  
Bergisch Gladbach

06.05.2023, 18:00 Uhr  
Frühjahrskonzert  
Heimatklänge Nußbaum  
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

07.05.2023, 11:00 Uhr  
Nordhaus Familienfest  
Kürten

Sitzungswoche Deutscher Bundestag  
08.05. – 12.05.2023

15.05.2023, 09:45 Uhr  
EU-Projekttag am DBG  
Bergisch Gladbach

30.05.2023, 11:00 Uhr  
Bürgersprechstunde Rösrath  
Rathaus Rösrath, Raum 109

30.05.2023, 18:00 Uhr  
Besuch Schlaganfallhilfe  
Bergisches Land  
Wermelskirchen

*Weitere Informationen finden Sie auf  
meiner Homepage!*

## GEBÄUDEENERGIEGESETZ

In der letzten Legislatur wurde unter Bundeskanzlerin Angela Merkel nach intensiven Beratungen ein wegweisendes Klimaschutzgesetz verabschiedet. Wir haben beschlossen, bis 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen. Ein anspruchsvolles Unterfangen, das zahlreiche auch einschneidende und strukturverändernde Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen nötig macht. Sicher gehört dazu auch klimafreundliches Heizen im Rahmen einer versorgungssicheren, nachhaltigen und sozialen Wärmewende. Dennoch darf das nicht in einer derart erratischen, in weiten Teilen inkonsequenten und finanziell nicht durchdachten Politik der jetzigen Koalition enden. Dieses Chaos der Ampel stößt engagierte Klimaschützer vor den Kopf, schadet der Akzeptanz von Klimaschutzpolitik und letztlich dem Klimaschutz als solchem. Die Wärmewende muss für die Menschen und Handwerksbetriebe leistbar sein. Wir alle müssen mehr für den Klimaschutz tun, aber mit Sinn und Verstand! Eine Regelung mit der Brechstage, für deren Umsetzung weder viele private Eigentümerinnen und Eigentümer die nötigen finanziellen Mittel haben noch genügend Kapazitäten im Handwerk vorhanden sind, kann nur scheitern.

Wir sollten mehr noch auf Anreize und Argumente, auf Kreativität und Technologieoffenheit bei Transformation unserer Gesellschaft setzen. Dabei müssen auch all jene Potentiale klimafreundlicher Heizlösungen genutzt werden, die es heute schon gibt. Gleichzeitig benötigt es hierfür eine verlässliche Förderung. Beides fehlt gegenwärtig! Leidvoll erinnern wir uns an Förderprogramme zur Energiewende, die im letzten Jahr im laufenden Prozess mehrfach gestoppt, dann geändert, an einzelnen Stellen gekürzt und dann gänzlich aus dem Programm genommen wurden. Von Planungssicherheit kann man in diesem Zusammenhang nicht mehr sprechen. Genau das Gegenteil wäre jedoch notwendig. Wir haben aus der Opposition heraus immer wieder konkrete Gegenvorschläge unterbreitet und darauf hingewiesen, wie wichtig Planungssicherheit für Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Handwerkerinnen und Handwerker sind. Die selbst ernannte „Fortschrittskoalition“ hat für die „Wärmewende“ bislang leider nur Rückschritte gebracht.

## VERKEHRSPOLITIK DER AMPEL

Die Fraktionen der Bundesregierung haben unter lautem Getöse einen Koalitionsgipfel abgehalten. Die Ergebnisse für den Verkehrssektor bleiben jedoch weit hinter den Erwartungen und auch hinter unseren konkreten Vorschlägen zurück. Das gilt sowohl hinsichtlich der Emissionen als auch dringend notwendigen Erhalts und Ausbaus der Infrastruktur. Es ist richtig, dass wir Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen müssen. Wir brauchen mehr Planungskapazitäten und statt fortgesetzten Streits im Kabinett einen klaren Plan.

## EINBLICKE



Am Montag besuchte mich Monika Hiller in meinem Berliner Büro und sprach mit mir über das Sichtbarmachen der Belange von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft. Sie ist die Beauftragte für Menschen mit Behinderung in Bergisch Gladbach.



Zusammen mit meinem Team und Jan Stausberg, meinem Mentee aus der Talentschmiede.NRW 2021/2022, war ich auf dem Zukunftskongress der CDU „Deutschland kann es besser: Wirtschaft stärken. Klima schützen. Arbeit schaffen“

Der Streit um die Priorisierung von Maßnahmen zum Ausbau der Schieneninfrastruktur, von Straßen und Brücken hält an. Auch wenn aus dem Kabinett eine Liste von 144 Straßen- und Brückenbauprojekten vermeintlicher sogenannter herausgehobener Bedeutung vorgelegt wurde, scheint es in der Bewertung der Projekte noch immer Uneinigkeit zu geben. Die Auswahl der Projekte wirkt geradezu willkürlich. Es kann nicht sein, dass kein einziges dieser Projekte in den neuen Bundesländern angesiedelt ist. Es kann auch nicht angehen, dass unter den 144 Projekten kein einziges Projekt im Zusammenhang mit den auch in unserer Region wichtigen Bundesstraßen steht. Völlig unklar gestaltet sich auch die Frage, wie sich der Beschluss im Vergleich zum verbindlichen Bundesverkehrswegeplan 2030 verhält.

Hinsichtlich der Schiene gibt die Ampel einen Finanzierungsbedarf von ca. 50 Milliarden Euro bis 2027 an. Allerdings geben die vorliegenden Papiere der Bundesregierung keine Auskunft darüber, wofür das Geld konkret ausgegeben werden soll, und auch nicht darüber, wie dieser prognostizierte Mehrbedarf überhaupt finanziert werden soll. Die Binnenschifffahrt bleibt in den Koalitionsbeschlüssen unberücksichtigt. Dabei kann diese einen wichtigen Beitrag für einen klimaschonenden innerdeutschen Transport leisten. Die Mittel für den Radverkehr will die Ampel dem Vernehmen nach sogar kürzen – und dies ausgerechnet in einer Phase, in der wir mehr Bürgerinnen und Bürger den (zumindest teilweisen) Umstieg auf das Rad ermöglichen wollen.

## **NACHRICHTEN AUS DEM BUNDESTAG KURZ NOTIERT:**

- **„Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – Kommunen in der Migrationspolitik unterstützen, Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen.“** Unter diesem Titel haben wir als Unionsfraktion diese Woche einen Antrag ins Parlament eingebracht, mit dem wir die Kommunen unterstützen wollen, die angesichts der großen Herausforderungen eines immer größeren Zustroms an Flüchtlingen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt sind. Letzteres ist auf einem von der CDU/CSU-Fraktion zu diesem Thema vor wenigen Wochen veranstalteten Kommunalgipfel sehr deutlich geworden. Wir machen in dem Antrag klar, dass wir zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention stehen. Gleichzeitig sehen wir die großen Herausforderungen. Im Jahr 2022 wurden über 240.000 Asylanträge in Deutschland gestellt. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres kamen weitere 87.777 Asylanträge hinzu. Es sind die Kommunen, die die nach Deutschland gekommenen Migrantinnen und Migranten aufnehmen, versorgen und betreuen – zusätzlich zu den über eine Million ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denen wir richtigerweise Schutz vor dem

russischen Angriffskrieg bieten. In einigen Kommunen müssen wieder Behelfsunterkünfte in Turnhallen, Wohncontainern oder Zelten eingerichtet werden. Das kann so nicht weitergehen. Wir als Union fordern daher, dass der Bundeskanzler kurzfristig zu einem Flüchtlingsgipfel unter Beteiligung aller betroffenen Ressorts einlädt. Die sogenannte irreguläre Migration nach Deutschland muss deutlich reduziert und besser gesteuert werden – etwa durch den Ausbau der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, durch eine Beschleunigung der Verfahren und die Einstufung weiterer Staaten, wie z.B. die Maghreb-Staaten und Georgien, als sichere Herkunftsstaaten. Ferner ließen sich die Anreize für eine Sekundärmigration nach Deutschland dadurch senken, dass die Sozialstandards in der EU für Asylbewerber und Schutzberechtigte unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Mitgliedstaaten einander angenähert werden. Und nicht zuletzt müssen die Kommunen finanziell und tatsächlich entlastet werden, indem vollständig die Kosten der Unterkunft übernommen werden. Diese und weitere Forderungen unterstreichen unsere konstruktive Oppositionsrolle, zeigen aber zugleich die Notwendigkeit an, dass die Bundesregierung hier handeln muss – und zwar schnell.

- **Steueraffäre Scholz-Warburg aufklären – Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.** Das Agieren der Freien und Hansestadt Hamburg unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters, späteren Bundesfinanzministers und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre um die M.M. Warburg & CO Bank wirft schwerwiegende Fragen und Widersprüche auf. Wie kann es sein, dass der Bundeskanzler sich nicht daran erinnern kann, dass er eine Millionenforderung aus Steuerbetrug bewusst hat in die Verjährung laufen lassen? Wie kann es sein, dass diverse Termine zwischen Vertretern der Bank und Olaf Scholz als damaligem Erstem Bürgermeister heute nicht mehr bekannt sind, Unterlagen hierzu vernichtet sind oder widersprüchliche Aussagen enthalten? Hier besteht nach wie vor enormer Aufklärungsbedarf. Dabei geht es nicht nur darum, den Steuerskandal aufzudecken und die konkrete Beteiligung einzelner aufzuarbeiten. Es geht auch darum, die Zuverlässigkeit und Integrität von Olaf Scholz zu hinterfragen, der heute als Bundeskanzler das zentrale Amt in unserem Staat wahrnimmt, aber gleichzeitig die Aufklärung blockiert. Wir werden aus der CDU/CSU-Fraktion die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses vorantreiben und die damit verbundenen Möglichkeiten nutzen, für die dringend notwendige Klarheit zu sorgen. In den vergangenen Jahren hätten die nunmehr Betroffenen durch geeignete transparente Maßnahmen einen solchen Ausschuss überflüssig werden lassen können. Die gegenteilige Taktik macht es für uns nunmehr unumgänglich, hier über einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss Aufklärung zu betreiben.
- **Unionsvorschlag – Eckpfeiler einer neuen China-Politik.** In der vorvergangenen Sitzungswoche haben wir als Unionsfraktion ein Positionspapier beschlossen, das sich für eine Neuauflage der deutschen China-Politik ausspricht. Der Aufstieg des kommunistischen Chinas ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Das gilt für alle Staaten, die eine regelbasierte internationale Ordnung erhalten, stärken und stützen wollen – und damit insbesondere für die westliche Wertegemeinschaft. Der strategisch richtige Umgang mit China ist eine schwierige Aufgabe, die weit über diese und auch die nächste Legislaturperiode hinausweist. Das Prinzip „Frieden durch Handel“ kann mit Blick auf Russland und auch China als schließlich in weiten Teilen gescheitert gelten. Wir müssen stärker unsere eigenen Interessen in den Blick nehmen und uns entsprechend engagieren. Nach der EU ist China für Deutschland der größte Handelspartner und auch als Innovations- und Forschungsstandort für Wirtschaft und Wissenschaft von herausragender Bedeutung. In unserer Strategie legen wir dar, was sich zukünftig in unserem Verhältnis zu China wandeln muss. (<https://www.cducsu.de/themen/china-strategie-cducsu-will-beziehungen-neu-ordnen>).
- **Cannabis-Legalisierung.** Eine Regierung, die allen Ernstes Werbung für Kinderschokolade verbietet, aber Cannabis legalisieren möchte, macht keinen Schritt nach vorne, sondern schadet wissentlich und willentlich der Gesundheit. So nachvollziehbar manche kriminologischen Argumente für eine Legalisierung von Cannabis auch sein mögen, entscheidend sollte allein der Gesundheitsschutz sein. In der Corona-Pandemie hat, die überwältige Mehrheit der Politikerinnen und Politiker über

Parteigrenzen hinweg eindringlich dafür plädiert, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen. Es gibt keinen ernstzunehmenden Vertreter der Biologie oder Medizin, der nicht explizit vor den Risiken des Cannabiskonsums warnt. Cannabis schafft eine deutlich stärkere Abhängigkeit als andere Drogenstoffe, ist bereits ab dem ersten Konsum schädlich und hat sehr negative Auswirkungen auf die kognitive und emotionale Entwicklung, gerade auch von jungen Erwachsenen. Dass sich die Ampel hier nicht von medizinischen Erkenntnissen leiten lassen, sondern auch hier ideologisch argumentiert, ist ein schwerwiegender Fehler.

---

## DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547  
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach  
Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30  
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: [hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

Internet: <https://www.hermann-josef-tebroke.de/>

Stand: 28.04.2023

---